963

der klassenkampf

marxistisches diskussionsorgan

II. Jahrgang
Nummer 2/3
Februar-März 1964
Doppelnummer



Preis der Doppelnummer S 6,-

Jahresabonnement (1o Nummern) S 3o,-

Für Lehrlinge, Mittelschüler und Studenten S 15,-

INHALT

ROSA LUXEMBURG - ZUM GEDÄCHTNIS

Vor 45 Jahren, am 15. Januar 1919, wurden die beiden größten Köpfe, die die deutsche Arbeiterbewegung nach Marx und Engels hervorgebracht hat, auf bestialische Weise ermordet.

Dieser Schandtat wurde ausgeführt von kaiserlichen Offizieren, welche die Ebert-Noske-Regierung nach Berlin gerufen hatte, um die Bewegung der revolutionären Proletarier niederzuschlagen. Dieser Tod symbolisiert das Geschick der revolutionä ren Bewegung am Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland. Die beginnende proletarische Revolution wurde von den Führern der sozialdemokratischen Partei enthauptet. Hierdurch hat sich diese Führerschaft mit einer Schuld beladen, welche gleichzeitig die Verantwortung für den Niedergang der deutschen Arbeiterbewegung und der internationalen Revolution des Proletariats mit einschließt. In Deutschland führte diese Politik in einer geraden Linie zum Sieg des Faschismus, doch blieb sie nicht allein auf Deutschland beschränkt, sondern hatte nicht minder verhängnisvolle, schwerwiegende internationale Auswirkungen.

Besonders notwendig ist es, in diesem Zusammenhange auf die Rückwirkungen hinzuweisen, welche die Erdrosselung der deutschen Revolution auf die Entwicklung der Sowjetunion ausgeübt hat. Nach der endgültigen Niederlage der revolutionären Welle in Deutschland im Jahre 1923 setzte in der Sowjetunion der Prozess einer tiefgreifenden Entartung ein. Die Ursache hierfür liegt nicht, wie die sozialdemokratischen Führer glauben machen wellen, im System der proletarischen Diktatur selbst, sondern in dem Umstand, dass die proletarische Revolution in einem Lande isoliert blieb, eine Bedingung, in der schon Lenin den sicheren Tod der Revolution voraussah. Die Verantwortung für diese Entwicklung tragen nicht nur jene Führer, die damals an der Spitze der SPD standen, sondern auch ihre Nachfolger von heute, die sich weigern, die Lehren aus dieser Politik zu ziehen.

Diese Politik ist kein Zufall, sondern das Resultat einer langjährigen Entwicklung in der Politik der Sozialdemokratie, gegen die Rosa Luxemburg über 2o Jahre lang als die schärfste Gegnerin auftrat. Mit ihrem Namen aufs engste verknüpft ist die Geschichte der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse, die aus dem Zusammenbruch der reformistisch entarteten SPD das revolutionäre Erbe rettete. In vielen hervorragenden Schriften führte sie einen erbitterten Kampf gegen den Revisionismus, welcher aus der kämpferischen sozialistischen Partei eine "demokratisch-sozialistische Reformpartei" (Bernstein) machte. Wä hrend die Revisionisten versuchten, den Weg in den Sozialismus als ein "friedliches Hineinwachsen" durch immer neue politische und soziale Reformen darzustellen, wies Rosa Luxemburg in ihrer Schrift "Soziale Reform oder Revolution?" nach, dass der Kampfum die Reformen allein nicht zum Ziele führt, wenn er nicht dem Kampf um die proletarische Revolution untergeordnet ist. Dort schrieb sie:

> "Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sich bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und so lange, als in ihr der ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fusstritt nachwirkt, oder, konkret gesprochen, nur im Rahmen der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzte Gesellschaftsform. ..."

Es sit grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloss als die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als die zusammengedrängte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen verschiedenen Momente. Das ganze Geheimnis

der geschichtlichen Umwälzung durch den Gebrauch der politischen Macht liegt ja gerade in dem Umschlag der bloss quantitativen Verä nderungen in eine neue Qualität. Konkret gesprochen: in dem Übergang einer Geschichtsperiode, einer Gesellschaftsordnung in eine andere.

Wer sich für den gesetzlichen Reformweg, anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politschen Macht ausspricht, wählt nicht einen ruhigeren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel.....

Die Demokratie ist unentbehrlich, nicht weil sie die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat überflüssig, sondern umgekehrt, weil sie diese Machtergreifung ebenso notwendig wie auch einzig möglich macht.....

Die Notwendigkeit selbst der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat war ebenso für Marx wie für Engels zu allen Zeiten ausser Zweifel. Und es blieb Bernstein vorbehalten, den Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus für das berufene Organ zu halten, wodurch die gewaltigste weltgeschichtliche Umwälzung: die Überführung der Gesellschaft aus den kapitalistischen in sozialistische Formen vollzogen werden kann.

Die ersten praktischen Erfahrungen der sozialistischen Bewegung mit der revisionistischen Theorie wurden in Frankreich gemacht. Nach einer gewaltigen Erschütterung des korrupten bürgerlichen Gesellschaftssystems durch die "Dreyfus-Affäre" trat im Juli 1899 der "Sozialist" Millerand in das bürgerliche Ministerium ein. Für die Revisionisten war dieser Schritt eine geschichtliche Weltenwende, sie sahen einen Einbruch in die kapitalistische Frontlinie. Rosa Luxemburg untersuchte eingehend diesen gesamten Fragenkomplex und kritisierte mit äusserster Schärfe die Illusionen der "Ministersozialisten" und ihrer Verteidiger. Einer der ersten Regierungsmassnahmen, für die Millerand die Verantwortung übernehmen durfte, war die Entsendung von Militär zur Niederschlagung von Streiks.

Die russische Revolution von 1905 war deshalb von besonderer Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung, weil sie die erste Revolution im Zeitalter des Imperialismus war, weil an ihr die Arbeiterklasse führenden Anteil nahm und weil sie neue, bis dahin unbekannte Kampf- und Organisationsformen entwickelte: den politischen Massenstreik und die Räte. In der deutschen Sozialdemokratie fand dies seinen Widerhall in einer Belebung der Diskussion über die Methoden des revolutionären Kampfes. Das Verdienst Rosa Luxemburgs war es, dass sie die Bedeutung der neuen, von der russischen Revolution geschaffenen Kampfformen in der hervorragenden Schrift "Massenstreik, Partei und Gewerkschaft" als wesentliche Errungenschaften der <u>internationalen</u> Arbeiterbewegung würdigte:

> "So erweist sich der Massenstreik also nicht als ein spezifisch russisches, aus dem Absolutismus entsprungenes Produkt, sondern als eine allgemeine Form des proletarischen Klassenkampfes, die sie aus dem gegenwärtigen Stadium der Entwicklung des Kapitalismus und der Klassenkräfte ergibt. ...
> ... wichtig ist es, dassdie deutschen Arbeiter die russische Revolution als ihre e i g e n e Angelegenheit zu betrachten lernen, nicht bloss im Sinne der internationalen Klassensolidarität mit dem russischen Proletariat, sondern vor allem als EIN KAPITEL DER EIGENEN SOZ IALEN UND POLTISCHEN GESCHICHTE!"

Seinen Höhepunkt fand der Kampf Rosa Luxemburgs gegen den Reformismus im Ersten Weltkrieg. Klar wie nur wenige in der alten sozialdemokratischen Partei erkannte Rosa Luxemburg frühzeitig die drohende Gefahr. Zusammen mit Lenin brachte sie auf dem internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart 1907 den Abänderungsantrag zur Resolution ein, der die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg forderte. Die entscheidenenden Sätze in diesem Dokument lauten:

"Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäss ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassengesellschaft auszunützen."

Der Kongress nahm diese Resolution an und der Baseler Kongress von 1912 bestätigte sie. Wenn in dieser Resolution die Kampfformen und - mittel nur ganz allgemein ausgedrückt sind, so lag es daran, weil die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie aus Angst um ihre Legalität eine klarere Formulierung unterdrückten, andernfalls sie den Kongress verlassen hätten. Der 4. August 1914 offenbarte, dass die Versprechen, welche die reformistischen Führer auf den vorangegangenen Kongressen gegeben hatte, nicht mehr als ein Lippenbekenntnis waren. Rosa Luxemburg und nur wenige Genossen mit ihr blieben ihren Grundsätzen treu. Vom ersten Tag des Krieges an führte sie den Kampf gegen den "Sozialpatriotismus". In Zahlreichen Gesprächen, Briefen und Artikeln versuchte sie, den Boden für die Durchführung der Beschlüsse, die auf den Vorkriegskongressen gefasst wurden, zu bereiten. Diese Arbeit hatte ihre natürlichen Grenzen sowohl in ihrer Möglichkeit nach als auch in ihren Auswirkungen. Zusammen mit anderen politisch Gl ichgesinnten begann sie im Frühjahr 1915 mit der Herausgabe der "Internationale". In der ersten und einzigen Nummer dieser Z eitschrift (Sie wurde sofort nach Erscheinen von der Militärdiktatur verboten) rechnete Rosa mit dem Renegaten des Marxismus, Kautsky, der die sozialistische Internationale lediglich als ein Instrument im Frieden ansah, ab. Bitterer Spott spricht aus den folgenden Worten:

"Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach aussen die internationale Solidarität; im Kriege gelte im Inneren die Klassensolidarität, nach aussen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder: der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautsky's Korrektur: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch im Frieden und schneidet Euch die Gurgel ab im Krieg!" - also heute.
Jeder Schuss ein Russ', jeder Stoss ein Franzos!" und morgen, nach Friedensschluss: "Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuss der ganzen Welt!". Denn die Internationale ist "im wesentlichen ein Friedensinstrument, aber kein wirksames Werkzeug im Kriege."..."

Im gleichen Artikel heisst es an anderer Stelle:

"Wenn der Zusammenbruch des 4. August etwas bewiesen hat, so ist es die welthistorische Lehre, dass eine wirksame Bürgschaft des Friedens und ein tatsächlicher Schutzwall gegen den Krieg nicht fromme Wünsche, nicht schlau ersonnene Rezepte und utopische Forderungen sind, die man an die herrschenden Klassen richtet, sondern einzig und allein der tatkräftige Wille des Proletariats, seiner Klassenpolitik, seiner internationalen Solidarität durch alle Stürme des Imperialismus treu zu bleiben. ... Auch hier gibt es nur ein Entweder - Oder: Entweder Bethmann-Hollweg oder Liebknecht, entweder Imperialimus oder Sozialismus, wie ihn Marx verstand."

Vom gleichen Geiste ist die von Rosa im Jahre 1916 unter dem Namen "Junius-Broschüre" bekannt gewordene Kampfschrift gegen den Krieg getragen. In dieser Schrift unterzieht sie die Kriegspolitik der Sozialdemokratie einer umfassenden Kritik und gelangt zu einem vernichtenden Urteil.

Bis zu diesem Zeitpunkt wor die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie ohne festeren organisatorischen Zusammenschluss. Erst im März 1916 fand sich die mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht solidarischen Kräfte zu einer eigenen Gruppierung zusammen. Auf einer Konferenz in Berlin wurde der Spartakus-Bund gegründet. Gleichzeitig wurde beschlossen, ein regelmässiges Organ herauszugeben. Dieses illegale Organ ist unter dem Namen "Spartakus-Briefe" in die Geschichte der revolutionären Bewegung eingegangen und wurde zum Sammelpunkt der revolutionären Opposition gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus und seiner sozialdemokratischen Mitläufer. Obwohl Rosa Luxemburg seit 1915 willkürlich von der Militärkamarilla von einem Gefängnis ins andere geschleppt wurde, verstand sie es, Möglichkeiten zur Teilnahme an der Arbeit des Spartakusbundes zu schaffen.

Die allseitige Erschöpfung der kriegführenden Mächte rückte die Frage des Friedensschlusses und der Art und Weise, in welcher der Frieden zu erlangen sei, immer mehr in den Vordergrund. Rosa Luxemburg schrieb hierzu die kraftvollen Worte:

> "Die sozialistische Friedenspolitik ist heute in folgenden Worten enthalten. Ihr Arbeiter! Entweder machen die bürgerlichen Regierungen den Frieden, wie sie den Krieg machten, dann bleibt bei jedem Ausgang des Krieges der Imperialismus die beherrschende Macht und dann geht es unvermeidlich immer weiteren Rüstungen und Kriegen und dem Ruin der Reaktion, der Barbarei, entgegen. Oder ihr rafft Euch zur revolutionären Massenerhebung auf, zum Kampf um die politische Macht, um euren Frieden nach aussen und nach innen zu diktieren. Entweder Imperialismus und rascherer oder langsamerer Untergang der Gesellschaft, oder Kampf um den Sozialismus als einzige Rettung. Ein Drittes, etwas Mittleres gibt es nicht."

Mit grösstem Interesse verfolgte Rosa von der Gefängniszelle aus den Verlauf der russischen Revolution. Ihre ganze Sympathie lag auf der Seite der Bolschewiki.

> "Die Leninpartei war somit die einzige in Russland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, also in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik betrieb. Die wirkliche Situation der russischen Revolution erschöpfte sich nach wenigen Monaten der Alternative: Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats, Kaledin oder Lenin."

> "Die Entschlossenheit, mit der LEnin und Genossen im entscheidenden Moment die einzig vorwärtstreibende Losung herausgegeben haben... hat sie fast über Nacht aus einer verfolgten. verleumdeten, "illegalen" Minderheit, deren Führer sich wie Marat in den Kellern verstecken musste, zu absoluten Herren der Situation gemacht. ...Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut und Tatkraft, revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur ein tatsächliche Rettung der russischen Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus."

Diese begeisterte Anerkennung der Oktoberrevolution und ihrer Grundprinzipien verhinderte sie nicht, die bolschewistische Politik in wichtigen Fragen wie in der Agrarreform, Brest-Litowsk, dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen, der Demokratie und des Terrors, einer Kritik zu unterziehen. Diese Kritik wurde von den prinzipiellen Gegnern der Oktoberrevolution, von Leuten, die im eigenen Land die Revolution der Arbeiter mit Waffengewalt erwürgten, von den gestrigen und heutigen Sozialdemokraten, ausgiebig und unaufrichtig benutzt. Als später die Degenaration der UdSSR immer offensichtlicher wurde und die Befürchtungen Rosa Luxemburgs sich zu bestätigen schienen, da griffen auch die ultralinken und die zentristischen Kritiker des Bolschewismus die Beden-

-ken Rosa Luxemburgs gegen die bolschewistische Politik auf. Da dieser Fragenkomplex auch in der heute geführten Diskussion um die Wege und Methoden der sozialistischen Politik von größter Bedeutung ist, müssen wir uns eingehender damit befassen.

Die ersten Bedenken Rosa Luxemburgs galten dem Brester Frieden, da sie befürchtete, dass dieser Friede die N iederlage des deutschen Imperialismus verhindern könne. Ferner befürchtete sie, dass die Bolschewiki diesen Freiden nach innen und aussen beschönigen und als einen Erfolg darstellen und damit in das Intrigenspiel der deutschen imperialistischen Militärcliquen einbezogen würden. Später, als sie die besseren Informationen erhielt, revidierte sie ihren Standpunkt und stellte fest:

> "Lenin und seine Freunde täuschten über die Tatsachen weder sich noch andere und gaben die Kapitalution unumwunden zu..."

Nun erkannte sie auch die Ursachen, welche die russischen Bolschewiki zum Nachgeben gegenüber den deutschen Imperialisten gezwungen hatten und sie schrieb im Spartakusbrief vom Januar 1918:

> "Nur die standhafte Kadaverhaltung des deutschen Proletariats hat die russischen Revolutionäre dazu genötigt, mit dem deutschen Imperialismus als der einzigen Macht in Deutschland einen Frieden zu schliessen. Und nur die se Kadaverhaltung hat es dem deutschen Imperialismus ermöglicht, die russische Revolution für sich auszunützen. Der allgemeine Friede lässt sich ohne Umsturz der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen. Nur mit der Fackel der Revolution, nur im offenen Massenkampf um die politische Macht, um die Volksherrschaft und die Republik in Deutschland lässt sich jetzt das erneute Auflodern des Völkermordes und der Triumph der deutschen Annexionisten verhindern... Die Deutschen Arbeiter sind jetzt berufen, die Botschaft der Revolution und des Freidens vom Osten nach dem Westen zu tragen."

Ein weiterer Punkt, in dem Rosa Luxemburg die bolschewistische Politik in der Oktoberrevolution kritisierte, war die Verwirklichung des Agrarprogramms der Sozialrevolutionäre, d.h. die Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern. Sie war der Meinung, man hätte auf alle Fälle den technisch überlegenen Grossgrundbesitz bestehen lassen sollen, um die Sozialisierung der gesamten Landwirtschaft wenn nicht sofort zu verwirklichen, so doch die Ausgangsbasis dafür zu schaffen. Sie stütze sich hier auf die grundsätzliche Position, die Marx in dieser Frage eingenommen hatte. Ihr methodologischer Fehler bestand darin, dass sie übersah, dass Marx ausging vom kapitalisierten, mit einer fortgeschrittenen Maschinentechnik ausgestatteten Grossgrundbesitz, den die auf den Gütern beschäftigten Landarbeiter sofort auf genossenschaftlicher Basis hätten weiterführen können. Anders in Russland. H ier herrschte das halbfeudale Pachtsystem vor, und der Boden des Grundbesitzers wurde meistens nicht von Landarbeitern, also Lohnproletariern bearbeitet, sondern von abhängigen Kleinbauern. Es fehlte also die technische Basis für eine Grosslandwirtschaft.

Zweitens erfolgte die Landaufteilung gar nicht auf Initiative der Bolschewiki, sondern sie wurde von den Bauern selbst spontan, teils sogar schon vor dem Oktober vollzogen. Die Bauern nahmen den Boden, den sie oft Generationen hindurch bearbeitet hatten und für den sie sehr hohe Pacht zahlen mussten, zum Eigentum. Dies verhindern zu wollen, hätte bedeutet, den Bürgerkrieg gegen die Bauern vom Zaune zu brechen.

Die dritte Befürchtung Rosa Luxemburgs, die Bauern würden sofort nach Übernahme des Bodens sich gegen die Bolschewiki stellen, wurde von der tatsächlichen Entwicklung entkräftet. Es waren die Bauernheere und -partisanen, die in der Roten Armee die Revolution verteidigten gegen ihre früheren Gutsbesitzer, deren Rückkehr ihnen das erworbene Land wieder genommen hätte.

Rosa Luxemburg sah die Bedingtheit ihrer Kritik an der bolschewistischen Agrarpolitik sehr wohl ein. In einem Brief an Adoolf Warski, mit dem sie jahrzehntelang gemeinsame Arbeit in der polnischen sozialistischen Bewegung verband, schrieb sie Ende 1918, nachdem die Befreiung aus dem Gefängnis ihr die Möglichkeit besserer Einsicht in die Sachlage gegeben hatte:

"Gewiss, die geschaffenen Agrarverhältnisse sind der wundeste Punkt der russischen Revolution. Aber auch hier gilt die Wahrheit: Auch die größte Revolution kann nur das vollbringen, was durch die Entwicklung reif geworden ist. Dieser wunde Punkt kann nur durch die europäische Revolution geheilt werden..."

In diesen Worten liegt zugleich die Erklärung für die Schwierigkeiten, die sich später in der russischen Agrarpolitik so verhängnisvoll ausgewirkt haben. Lenin begegnete diesen Schwierigkeiten mit der NEP, immer noch voll Hoffnung auf den Sieg der internationalen Revolution, welche einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten bringen sollte. Doch die internationale Revolution siegte nicht, die UdSSR wurde zum Opfer der bürokratischen Entartung und damit erst war der Weg zu Stalins bürokratischer "Lösung" des Agrarproblems in der Zwangskollektivisierung geöffnet.

Auch in der nationalen Frage irrte Rosa Luxemburg, als sie den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation ablehnte. Gerade die konsequente Durchführung dieses Grundsatzes in der Lenin'schen Nationalitätenpolitik hat grosse Massen in den unterdrückten Völkerschaften innerhalb des Sowjetterritoriums zum politischen Leben erweckt und an die Oktoberrevolution gebunden.

Eine andere Frage, in der Rosa die bolschewistische Politik missverstand, war die Frage der konstituierenden Versammlung. Bekanntlich forderten die Bolschewiki vor dem Oktoberumsturz beharrlich die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung, der die herrschenden Schichten ebenso hartnäckig aus dem Weg gingen, weil sie darin die Gefahr einer revolutionären Aktivierung der Massen erblickten. Als sich aber die revolutionäre Bewegung der Massen weit über die Ziele der bürglerlichen Verfassungsgebenden Versammlung hinausentwickelte und der allrussische Sowjetkongress die gesamte Macht im Lande übernahm, da wurde die Konstituante nicht nur zu einem Hemmnis der revolutionären Entwicklung, sondern darüber hinaus zu einem Sammelpunkt für die kapitalistisch-gutsbesitzerliche Konterrevolution. Deshalb traten die Bolschewiki nun gegen die Konstituante ein. Was hierin zum Ausdruck kommt, ist nicht eine Inkonsequenz der Bolschewiki, sondern ein Widerspruch, wie er im Leben, im Reifeprozess der revolutionären Kampfes auftrat. Ebenso waren auch nach dem Oktober jene Leute, die sich vorher mit aller Kraft der Einberufung widersetzt hatten, auf einmal dafür. - Zwar hatte Rosa Luxemburg später keine Gelgenheit, ihre Auffassung in dieser Frage publizistisch zu revidieren, aber in der Praxis der deutschen Revolution in ihrem Kampf der Parole der USP, "Räte und Nationalversammlung", hat sie bewiesen, dass die Linie der Bolschewiki auch in diesem Fall anerkannt hat.

Der schwerwiegendste Punkt der Luxemburg'schen Kritik an der bolschewistischen Praxis in der Oktoberrevolution war ihre Befürchtung die Diktatur des Proleatriats werde einer Diktatur der Partei und schliesslich der Diktatur einer Führergruppe weichen.

Sie schrieb:

"Aber mit den Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muss auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie das allein tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren... Im Grunde also eine Cliquenwirt-

schaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker..."

Hier hören fast alle Kritiker des Bolschewismus auf, Rosa Luxemburg zu zitieren. Bis hierher scheint alles, was Rosa gegen die Bolschewiki schrieb, seine Bestätigung gefunden zu haben, durch die tatsächliche Entwicklung. Und in der Tat weist der heutige Zustand Russalnds eine grosse Ähnlichkeit mit dem Bilde auf, das Rosa 1918 gezeichnet hatte. Rosa Luxemburg war keineswegs eine Anhängerin der "reinen Demokratie", d.h. der Gleichberechtigung für die Ausbeuter von gestern. Sie war für entschiedene, gewaltsame revolutionäre Eingriffe in die Eigentums- und politischen Rechte der gestürzten Bourgeoisie. Anders ist eine Diktatur des Proleatariats undenkbar. Aber Rosa Luxemburg wollte das Prinzip der Demokratie für die Werktätigen gewahrt wissen. Sie war für die Kontrolle des Staatsapparates durch die breiten Massen, so wie Lenin es in "Staat und Revolution" entwickelt hatte. Und sie war fest überzeugt, dass auch die Bolschewiki in diesem Sinne gehandelt hätten, wenn nicht andere mächtige Umstände, die ausserhalb ihrer Kontrolle lagen und gegen ihren Willen gerichtet waren, ihnen das Gesetz des Handelns aufzwangen. Sie bringt diesen Gedanken unmittelbar nach ihrer Kritik zum Ausdruck.

> "Genau so würden auch sicher die Bolschewiki vorgehen, wenn sie nicht unter dem furchtbaren Z ang des Weltkrieges, der deutschen Okkupation und aller damit verbundenen Schwierigkeiten litten, die jede von den besten Absic hten und von den schönsten Grundsätzen erfüllte sozialistische Politik verzerren müssen."

Diese Stelle verschweigen die "Kritiker" wohlweislich. In dem bereits erwähnten Brief an Warski weist Rosa auf die tieferen Zusammenhänge der vor ihr kritisierten bolschewistischen Praxis hin:

> "...alle Deine Vorbehalte und Bedenken habe ich auch geteilt, habe sie aber in den wichtigsten Fragen fallen lassen, und in manchen bin ich nicht so weit gegangen wie Du. Terrorismus beweist grosse Schwäche, gewiss, aber er richtet sich gegen innere Feinde, die ihre Hoffnung auf das Bestehen des Kapitalismus ausserhalb Russlands bauen, von ihm Unterstützung und Ermunterung bekommen. Kommt die europäische Revolution, so verlieren die russischen Konterrevolutionäre nicht nur die Unterstützung, sondern was Wichtiger ist - auch den Mut. Also ist der russische Terror vor allem ein Ausdruck der Schwäche des europäischen Proletariats."

Damit hat Rosa Luxemburg zwar noch keine erschöpfende Analyse der Bedingungen gegeben, unter denen eine Entartung der proletarischen Diktatur erfolgen würde, aber sie hat mit klarem Sinn die Richtung gezeigt, in der eine solche Analyse erfolgen muss. Ihr grosses Verdienst war es, schon früher als andere die Gefahr der bürokratischen Entartung des Arbeiterstaates erkannt zu haben.

Alle Kritiker der russischen Revolution und des "bolscheswistischen Einparteistaates" ignorieren geflissentlich die Tatsache, dass es in Russland einen Bürgerkrieg gab, dass die Gegner der Bolschewiki nicht "Kritik übten", sondern mit der Waffe in der Hand gegen die Sowjetmacht kämpften, um die Herrschaft der bürgerlichen Konterrevolution zu errichten, dass sie nicht das Schalten und Walten der Führer beanstandeten, sondern auf diese Führer schossen! Wenn darauf hin die Sowjetmacht zu Gegenmassnahmen schritt, so tat sie dies nicht aus freiem Willen, aus ihren politischen Prinzipien heraus, sondern unter dem Gebot der Notwehr. Weder vor noch nach dem Oktoberumsturz planten die Bolschewiki die Ausschaltung ihrer politischen Gegner. Diese verliessen den Boden der Sowjetlegalität, mehr noch, sie trugen durch ihre konterrevolutionären Bestrebungen, welche eine Anspannung aller Kräfte des Landes durch die Sowjetregierung notwendig machten, das Bürgerkriegsregime in die Reihen selbst der bolschewistischen Partei hinein und verschärften damit die Bedingungen, die nach der Niederlage der

Revolution im Westen 1923 zur bürokratischen Entartung führten.

Die Kritik Rosa Luxemburgs steht turmhoch über jener "Kritik", die sowohl von den Sozialdemokraten, als auch von den "Schülern" Rosas an der bolschewistischen Politik geübt wurde. Sie ist zusammengefasst in einer Broschüre die Rosa in der letzten Zeit ihrer Gefängnishaft geschrieben hat. Dieser Umstand erklärt viele in ihr enthaltene Unzulänglichkeiten. Nach den Berichten ihrer engeren Mitarbeiter in den drei Monaten revolutionärer Tätigkeit nach ihrer Befreiung hat sie sich in den meisten Punkten revidiert, so dass auf ihre Veröffentlichung verzichtet und sogar mit dem Gedenken ihrer Vernichtung gespielt wurde. Erst 1922 versuchte Paul Levi seinen Übergang zur Sozialdemokratie durch die Veröffentlichung dieser Schrift eine "theoretische Grundlage" zu geben. Eine vollständige Ausgabe (die erste von Levi beruhte auf einer Abschrift mit zahlreichen sinnetnstellenden Fehlern) erschien erst 1939. Diese Tatsche stellt Paul Fröhlich in seiner Luxemburgbiographie richtig.

Auf den Gipfel ihres revolutionären Schaffens wurde Rosa Luxemburg durch die revolutionäre Erhebung der deutschen Arbeitermassen in der Novemberrevolution getragen. In der ersten Nummer der vor ihr und Karl Liebknecht gegründeten "Roten Fahne" umreisst sie die programmatischen Leitsätze der Revolution:

> "Die Abschaffung der Kapitalsherrschaft, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, dies und nichts geringeres ist das geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution...
>
> Aus dem Z iel der Revolution ergibt sich klar ihr Weg, aus der Aufgabe ergibt sich die Methode. Die ganze Macht in den Händen der Masse, in den H änden der Arbeiter- und Soldatenräte...
>
> Ausbau und Wiederwahl der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte, damit die erste chaotische und impulsive Geste ihrer Entstehung durch bewussten Prozess der Selbstverständigung über Ziele, Aufgaben und Wege der Revolution ersetzt wird...
>
> Schleunigste Einberufung des Reichsparlaments der Arbeitung und Soldaten, um die Arbeiter ganz Deutschlands als Klasse... zu konstituieren...
>
> Unverzügliche Organisierung nicht der "Bauern", sondern der ländlichen Proletarier und Kleinbauern, die als Schicht bisher noch ausserhalb der Revolution stehen...
>
> Bildung einer proletarischen Roten Garde zum ständigen Schutz der Revolution und Heranbildung der Arbeitermiliz...
>
> Sofortige Konfiskation der dynatischen Vermögen und Besitzungen als vorläufig erste Massnahme zur Sicherung der Verpflegung des Volkes, da Hunger der gefährlichste Bundesgenosse der Gegenrevolution ist...
>
> Sofortige Einberufung des Arbeiterweltkongresses, um den sozialistischen und internationalen Charakter der Revolution scharf hervorzuheben, denn in der Internationale, in der Weltrevolution allein ist die Zukunft der deuts chen Revolution verankert."

Die Verwirklichung dieses Programms hätte dem deutschen Volk unsäglich Leiden erspart. Es hätte keine Inflation, keine Arbeitslosigkeit, keinen Faschismus, keinen zweiten Weltkrieg und keine Ruinen gegeben. Millionen Menschen wären nicht auf den Schlachtfeldern des Imperialistischen Krieges gestorben und statt Hunger und Elend hätten wir heute Wohlstand.

Dass es nicht verwirklicht wurde, hatte verschiedene Ursachen. Die erste und hauptsächliche Ursache war die Haltung der sozialdemokratischen Führer gegenüber der revolutionären Bewegung, die sie fürchteten und hassten, nach deren Erdrosselung sie von Anfang an trachteten. Wenn sie den revolutionären Massnahmen der Massen die Spitze abbrachen, so entschuldigen sie sich vor der Bourgeoisie selbst für die kleinen Nadelstiche, die sie ihr unter dem Druck der Massen beibrachten. Als man Ebert im Jahre 1924 vorwarf, die Novemberrevolution verschuldet zu haben, da strengte er einen Beleidigungsprozess an und liess den Reichswehrgeneral Groener als Zeugen bestätigen, dass er, Ebert, es war, der im Dezember 1918 über eine geheime Telephonleitung sich mit dem kaiserlichen Hauptquartier in Verbindung setzte, um Truppen zur Niederschlagung der Berliner Arbeiter zu bekommen. Das waren keine "Fehler", sondern aktive Henkerdienste für die Konterrevolution.

Es stellt sich hier aber unwillkürlich die Frage, wieso sich eine so mächtige revolutionäre Massenbewegung einfach verraten liess, wieso es aber den Bolschewiki in Russland, wo dieselben reformistischen Parteien am Werke waren, gelungen ist, die revolutionäre Bewegung zum Siege zu führen. Es ist eine überaus leichte Methode, die Niederlagen immer mit der "Unreife der Massen" zu erklären. Nicht selten rechtfertigen damit manche Führer ihre Unentschlossenheit. Wenn es den russischen Bolschewiki gelungen ist, die Aufgaben des Kampfes zu lösen, welche die deutschen Linken nicht zu lösen verstanden, so ist die Ursache hierfür einzig und allein in der Politik der deutschen Linken selbst zu suchen. Zwar hat die Selbstkritik, die in der kommunistischen Partei nach 1918 einsetzte, die Fehler von 1918 eingehend analysiert, aber die grausame Entstellung der Geschichte der deutschen Revolution, die gegenwärtig von den Stalinisten praktiziert wird, hat alle die positiven Erkenntnisse wieder verschüttet.

Eine der Hauptschwächen in der Position der Linken war ihre Untschätzung der Rolle der Partei als der bewussten Führung der Massen, wie sie in der "Spontanitätstheorie" Rosa Luxemburgs zum Ausdruck kommt. Für Rosa Luxemburg war die Partei "nur die 'sprechenden Personen', d.h. die Dolmetscher des Massenwillens". An einer anderen Stelle spricht sie davon, dass die Führer der Massen "nichts als Mundstücke, als bewusster Ausdruck für die Gefühle und Bestrebungen der Massen" sei. Sie ging so weit, dass sie der Organisation, also auch der Partei einen a b s o l u t konservativen Charakter zusprach:

> "...Die Rolle der sozialdemokratischen Leitung ist wesentlich k o n s e r v a t i v e n Charakters, indem sie erfahrungsgemäss dazu führt, das jedesmal neugewonnene Terrain des Kampfes bis in die äussersten Konsequenzen auszuarbeiten und es bald in ein festes Bollwerk gegen eine weitere Neuerung grossen Stils umzukehren."

Sowohl Lenin als auch Rosa waren sich darüber im klaren, dass die Partei in der Revolution von 1905 ihre Aufgabe nicht zur Genüge erfüllt hat. Während aber Lenin sagte, die Partei müsse es lernen, das nächste Mal ihre Aufgaben besser zu erfüllen, blieb Rosa bei der kategorischen Behauptung stehen, eine Partei sei ihrem ganzen Wesen nach nicht zu einer progressiven Rolle fähig. Sie war sogar der Meinung, dass eine Partei auf der Höhe ihrer Aufgaben

> "nur dahin gewirkt hätte, die Unabhängigkeit der Einzelkomitees der Partei noch grösser zu machen und eine Entzweiung zwischen der stürmenden Masse und der zaudernden Sozialdemokratie hervorzubringen."

Sie vertrat die Ansicht, dass die Massen aus eigener Kraft den Weg zum Sozialismus fänden. Im Gegensatz dazu hat bereits Marx im Kommunistischen Manifest die besondere Rolle der Partei gegenüber den Massen klargestellt:

"Sie (die Kommunisten) haben vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."

Nicht immer hat freilich Rosa Luxemburg ihre Theorie mit solcher Konsequenz zu Ende geführt. Aber in der Praxis führten ihre Anschauungen dazu, dass sie die Initiative zur Schaffung eines organisierten revolutionären Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung hemmte. Deshalb erfolgte die Gründung der Kommunistischen Partei erst zu einem Zeitpunkt, als der Entscheidungskampf der Massen bereits begonnen hatte. Sie war daher in der Massenbewegung nicht verankert, als sie deren Führung übernehmen sollte und weder organisatorisch noch ideologisch vorbereitet. Sie war von inneren Krisen erschüttert, als grösste Festigkeit und Zielklarheit von ihr verlangt wurde. Die unmittelbaren Probleme der Revolution mussten in der Revolution selbst geklärt werden und die Diskussi und die Schwankungen in der Stimmung der Massen spiegelte sich wider im zerissenen Charakter - dieser Diskussion. So wurde die Partei nicht Führerin der Revolution, sondern nur zum "Sprachrohr" eines unentwickel ten Massenbewusstseins. In diesem Sinne trug auch die Politik Rosa Luxemburgs mit zum verhängnisvollen Ausgang der deutschen Revolution be

Die Politik der deutschen Linken in der Periode des Ersten Weltkrieges ist kein rein historisches, sondern ein heute überaus aktuelles Problem Deshalb ist es notwendig, neben den grossen Verdiensten Rosa Luxemburgs um die deutsche und internationale Arbeiterbewegung auch ihre Mängel im richtigen Lichte erscheinen zu lassen.

Wenn wir nun zu einem abschliessenden Gesamturteil gelangen wollen, so können wir voll und ganz die Worte unterschreiben, die Lenin über Rosa Luxemburg gesprochen hat:

"T r o t z a l l e r i h r e r F e h l e r w a r s i e u n d b l e i b t s i e e i n A d l e r !"

Algerien: Zu Beginn dieses Jahres wurden in Algerien die ersten "Magasins Pilotes Socialistes" eröffnet - eine Art Konsumvereinsläden - die unter Ausschaltung des Zwischenhandels vom "Office National du Commerce", der staatlichen Handelorganisation versorgt werden. Die Eröffnung dieser Geschäfte, die die Bevölkerung weit billiger als die privaten Läden versorgen, ist Teil einer umfassenden Kampagne zur Bekämpfung des infolge der Versorgungsschwierigkeiten nach der Unabhängikeit immens angewachsenen Spekulantentums.

Selbstverständlich stehen auch diese Läden unter der Arbeiterselbstverwaltung. Die Angestellten hielten bereits eine Generalversammlung zur Wahl der Arbeiterräte und Verwaltungskomitees ab. Allerdings wird in Übereinstimmung mit dem besonderen Charakter dieser Unternehmungen, in denen die Arbeiter nur Angestellte, aber nicht Produzenten sind, das in den Märzdekreten festgelegte Prinzip der Gewinnbeteiligung nicht angewandt.

Als weitere Maßnahme gegen die Spekulation, wird die Zusammenfassung des Kleinhandels in Genossenschaften eingeleitet.

Am 12. Jänner wurde von der Nationalversammlung ein wichtiges Gesetz angenommen, in dem es unter anderem heisst: "Jeder, ob Zivilist oder Militärperson, im Staats-, Landes-, oder Gemeindedienst, der im Dienst einer öffentlichen Einrichtung, einer staatlichen oder gemischten wirtschaftlichen Unternehmung steht, und öffentliche oder private Gelder u.s.w....wertvolle Objekte (Güter, Waren...zerstört, veruntreut, verschwendet oder in irgendeiner Form zu eigenem oder fremdem Nutzen an sich nimmt, verfällt einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis zu 20 Jahre und einer Geldstrafe von 500 bis zu zwei Millionen neuen Francs."

Im Gesetz sind Ausnahmebestimmungen vorhanden, die, falls menschliche Unfähigkeit oder Unzulänglichkeit vorliegt, die Straflosigkeit garantier

F E B R U A R 1 9 3 4

Vor dreißig Jahren ertranken die illusorischen Hoffnungen der austromarxistischen Führung auf die bürgerliche Demokratie im Blut der Schutzbündler, wurde der Verrat offenbar. Allein um diese Erkenntnis im Bewußtsein der Arbeiterklasse einzuprägen, wäre der Tod von nahezu 2000 Arbeitern gerechtfertigt erschienen. Wenn aber die heutigen Epigonen der damaligen Führung der Partei den dreißigsten Jahrestag des heldenhaften Sterbens jener nahezu unwidersprochen zum Anlaß nehmen können, in Form einer gemeinsamen Feier mit den Mördern von damals ihren Willen zur Klassenkollaboration zu manifestieren, sind anscheinend die Opfer des 12. Februar umsonst gefallen.

Das Bekenntnis der damaligen Führung zum (Austro-) M a r x i s m u s war eben nur ein Bekenntnis zur Form des Marxismus, nicht aber zu dessen revolutionärem Inhalt. Denn wären die Otto Bauer und Konsorten Marxisten gewesen, dann hätten sie erkannt, daß die "Demokratie" keine ewige Wahrheit ist, sondern ein der Bourgeoisie in Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur mehr oder minder genehmes Mittel ist, die wahre Form des Verhältnisses zwischen Ausbeuterklassen und ausgebeuteten Klassen, den Klassenkampf, zu verdecken. Sie hätten erkannt, daß die Bourgeoisie in Zeiten der Krise, wenn die Arbeitslosigkeit die Arbeiterklasse schwächt, die Demokratie nicht mehr will, nicht mehr braucht, sondern ihre verschleierte Form der Klassendiktatur aufgebend, zum Klassenkampf greift, der mit den Mitteln des Staatsapparates geführt, die entgültige Vernichtung aller Positionen und Machtmittel der Arbeiterklasse zum Ziel hat.

Man konnte oder man wollte nicht erkennen, daß die Zeit der Worte vorbei und die Zeit der Taten gekommen war. Man setzte die 1918 begonnene Politik der Besänftigung und Vertröstung der Arbeiterklasse fort, bis sich diese nicht mehr besänftigen ließ. Bis es zu spät war.

Und als bereits 10000 Schutzbündler, führerlos und in isolierten Gruppen, die keine Verbindung zueinander hatten, keine zentrale Führung, den Kampf begonnen hatten versuchten noch Renner und Helmer, die Rechten in der Parteiführung mit dem christlichsozialen Bauernführer Reither zu verhandeln. Dieselben Leute usurpierten 1945 die Führung der österreichischen Arbeiterklasse. Ihre Nachfolger feiern den 12. Februar mit der ÖVP. Aber die die Bourgeoisie ist damals wie heute bereit, wie der Heimwehrführer Fey am 11. Februar 1934 erklärte: "Ganze Arbeit zu leisten".

Otto Bauer und Julius Deutsch nahmen zwar ihren Posten in der von den Kampfgruppen abgeschnittenen Kampfleitung ein, nachdem der Parteivorstand nach den Ereignissen in Linz mit knapper Mehrheit die Ausrufung des Generalstreiks und die Mobilisierung des Schutzbundes beschlossen hatte. Ohne Rückhalt in der passiven, durch die defensive, zögernde Politik der Sozialdemokratie enttäuschten und zermürbten Arbeiterklasse - der Generalstreik mißlang schon in den ersten Stunden - mußte die verzweifelt und tapfer kämpfende Schar der Schutzbündler von der Übermacht der staatlichen Exekutive und ihrer faschistischen Hilfstruppen besiegt werden. Die siegreiche Staatsgewalt verkündete das Standrecht, die Kirche gab ihren Segen dazu. Der bonapartistischen, offenen bürgerlichen Diktatur stand nach der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse, die der Zerschlagung der demokratischen Einrichtungen nun folgte, nichts mehr entgegen. Die letzten bürgerlichen Freiheiten, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Pressefreiheit wurden beseitigt. Die Hoffnung, der Glaube und die Zuversicht der Massen auf die Kraft ihrer Organisationen zerbrach in diesen Tagen entgültig. Die Kontinuität der Erziehung

der Massen zum Sozialismus wurde unterbrochen und konnte bis heute nicht wieder, in der Form, wie sie vor 1934 bestanden hatte, wiederhergestellt werden. 1945 war der Verrat der Führung wieder vergessen, konnte diese ihre Herrschaft über die Mehrheit der Arbeiterklasse unwidersprochen wieder herstellen. Die heutige Sozialistische Partei ist nur ein schwacher Abklatsch der alten Herrlichkeit geworden.

Aber selbst eine soviel besser organisierte und geschulte Arbeiterklasse, selbst eine erheblich weiter links als die heutige stehende Führung konnte die Arbeiterklasse nicht vor dieser schweren Niederlage bewahren. Gewiß, die österreichische Bourgeoisie war damals stärker als heute, Österreich war von faschistischen Staaten umgeben. Aber der wahre Grund der Niederlage war die Weigerung der Sozialdemokratie, in einer Periode als das relative Klassengleichgewicht im Rahmen der bürgerlichen Demokratie unhaltbar geworden war, der Losung der uneingeschränkten Diktatur der Bourgeoisie die Losung der Diktatur des Proletariats entgegenzustellen. Stattdessen klammerte man sich an demokratische Formen, die so oder so dem Untergang geweiht waren und teilte schließlich ihren Untergang.

Der 12. Februar stellt letzten Endes den entgültigen Bankrott des Reformismus und den Triumph des revolutionären Kampfes dar. Das Beispiel des 12. Februar beiweist nicht, wie notwendig die Erhaltung des "Bürgerfriedens" ist, der nur eine kampflose Kapitulation der Arbeiterschaft in einer ähnlichen Situation bedeuten würde, sondern beweist die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes um die Macht, bevor es so spät ist wie im Februar 34, als nur mehr die Niederlage zu erwarten war. Die Reaktion wird nicht zögern, sobald sie die Macht dazu hat, erneut die Demokratie zu beseitigen. Aber die Arbeiterschaft darf nicht zögern, im richtigen Augenblick, den Kampf um die Macht, nicht den Kampf um die bürgerliche Demokratie aufzunehmen. Die geistige Vorbereitung dieses Kampfes ist die Aufgabe, die heute schon auf der Tagesordnung steht. Die Regierungsübernahme durch die Reformer-Gruppe der ÖVP muß als Signal gewertet werden. Es darf keinen neuen Februar 1934 mher geben!

ANGOLA WILL HILFE VOM OSTBLOCK

Roberto Holden, der Chef der angolesischen Exilregierung, kündigte in Leopoldville (Kongo) am 3. Jänner an, daß er im Kampf um die Befreiung Angolas von der portugiesischen Herrschaft von China und "anderen kummunistischen Ländern" Hilfe annehmen würde.

Man erwartet, daß Holden, den man lange als politisch gemäßigt und im wesentlichen für pro-westlich eingestellt hielt, in kürze Peking besuchen wird. Reisen nach Moskau und wahrscheinlich Havanna können folgen.

Indem er seine feste Absicht erklärte, von nicht-kapitalistischen Ländern Hilfe anzunehmen, sagt Holden:"Bis jetzt haben wir uns aus dem kalten Krieg herausgehalten und blieben im Rahmen der afrikanischen Politik. Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, wo eine radikale Änderung unserer Politik notwendig ist, wenn wir in unserem Kampf Fortschrifte machen wollen. Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß die westlichen Länder heuchlerisch sind. Sie helfen unseren Feinden. Während sie ein Lippenbekenntnis zur Selbstbestimmung ablegen, versorgen die USA ihren NATO-Bundesgenossen Portugal mit Waffen, die dazu benützt werden, uns zu töten."

Holden erläuterte seinen Standpunkt weiter:"Mit unserer derzeitigen Unterstützung mußten wir noch 2o Jahre fortfahren zu kämpfen. Nur die Kommunisten können uns das geben was wir brachen. Keines der afrikanischen Länder erzeugt Waffen. Es wäre ein Verrat am leidenden angolesischen Volk, wenn wir uns nicht denen zuwenden würden, die helfen können."

UdSSR:

K R E S T I N S K I S R E H A B I L I T I E R U N G - Ein hoffnungsvoller Beginn ?

Gegen Ende des letzten Jahres veröffentlichte die "Isvestia" einen bemerkenswerten Artikel von Iwan Maisky, der während der Stalinära russischer Gesandter in London war. Sein Artikel trägt die Überschrift "Ein Diplomat der leninistischen Schule" und ist eine Würdigung des früheren russischen Botschafters in Deutschland, Nikolai K r e s t i n s k y.

Krestinsky, der bereits vor der Oktoberrevolution eine hervorragende Rolle gespielt hat, war Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und später Finanzkommissar. Er war von 1919 bis 1921 einer der drei Sekretäre der Partei. Später wurde er in den diplomatischen Dienst überstellt.

Maisky verfolgt seine Karriere von 19o3 bis 1936, d. h. bis kurz vor den Beginn der großen Moskauer Prozesse. Nikolai Krestinsky war eines der Hauptopfer des letzten großen Prozesses im März 1938.

In der Periode der Auseinandersetzungen zwischen dem Zentralkomitee und der linken Opposition gehörte Krestinsky zu den entschiedenen Gegnern Stalins und war neben Trotzki eine der führenden Gestalten der Opposition. Der unmenschliche Druck, den Stalin auf seine Gegener ausübte, veranlaßte Krestinsky später, vor Stalin zu kapitulieren.

Das verschonte ihn aber nicht davor, ein Opfer der großen Prozesse zu werden. Auf derselben Anklagebank saßen auch Bucharin, der Führer der "Rechtsoppositon", und Jagoda der ehemalige Leiter der GPU, der bis zu seiner Verhaftung willenlos alle Befehle Stalins im Kampf gegen die Opposition durchgeführt und sogar noch die ersten Prozesse vorbereitet hatte.

Die Angeklagten, auch Krestinsky, "gestanden", daß Trotzki mit dem deutschen, englischen und japanischen Nachrichtendienst in Verbindung gestanden hätte. Krestinsky "gestand" außerdem seine eigenen Verbindungen zum deutschen Spionagedienst. Unter dem Druck von Wyschinsky, einem ehemaligen Menschewik, der in diesen Prozessen die gleiche Rolle spielte, wie Freisler in den Verhandlungen des faschistischen Volksgerichtshofes, sagte Krestinsky aus, daß er 2o ooo Goldmark vom deutschen Spionagedienst erhalten habe, um sie an Trotzki weiterzugeben. Als Gegenleistung sei der deutsche Nachrichtenapparat regelmäßig mit landesverräterischen Berichten versorgt worden.

Außerdem "gestanden" die Angeklagten, in großem Umfang Sabotageakte durchgeführt zu haben, bei der 25 ooo Pferde umgekommen sein sollen. Schließlich "gestanden" sie auch noch, Maxim Gorki" vergiftet zu haben. In der Weltöffentlichkeit wurden diese "Selbstbezichtigungen" als Hirngespinste sadistischer Polizeigehirne aufgefaßt.

Die Opfer der stalinistischen Polizeiwillkür, die bislang rehabilitiert wurden, waren in der Regel treue Anhäanger Stalins, loyale Stalinisten, deren Liquidation oft unverständlich gewesen ist. Sie wurden von Stalin als mögliche Oppositionelle erledigt.

Aber bei Krestinsky ist das anders. Bis sein Rückgrad gebrochen wurde, war er ein bekannter Linksoppositioneller. Was bedeutet nun dieser Artikel in der "Isvestia", der die großen Verdienste Krestinskys hervorhebt, aber diese Tatsache verschweigt?

Chruschtschow weiß natürlich, daß Krestinsky Linksoppositioneller war. Wenn er ihn nun durch Maisky lobend hervorheben läßt, könnte dies seine besonderen Gründe haben.

Fortsetzung Seite 17 →

Italiens neue Partei, die PSIUP

ROM: Am 11. und 12. Jänner wurde hier ein Kongress des linken Flügels der italienischen Sozialistischen Partei abgehalten, der von etwa 850 Delegierten besucht wurde. Diese Delegierten, von denen jeder ungefähr 250 Mitglieder repräsentierte, entschieden für die Spaltung und bildeten die Italienische Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit (PSIUP).

Tullio Vecchietti, der Führer des linken sozialistischen Flügels, hielt den Hauptbericht und wurde am Ende des Kongresses zum nationalen Sekretär der neuen Partei mit ca. 212.000 Mitgliedern gewählt. Ein nationales Komitee von 120 Mitgliedern wurde gewählt, welches wiederum ein politisches Büro mit 19 Mitgliedern wählte. Die Partei wird eine wöchentliche Zeitschrift herausgeben. Diese Zeitschrift könnte Mondo Nuovo, das gegenwärtige wöchentliche Organ der sozialistischen Linken sein. Es wurde beschlossen, einen nationalen Kongress abzuhalten. Einige Delegierte verlangten die Einberufung dieses Kongresses in der nächsten Zukunft, aber die Führer der neuen Partei beschlossen, ihn "innerhalb eines Jahres" einzuberufen.

Lelio Basso, einer der populärsten Führer der sozialistischen Linken, sagte in einer Rede den Delegierten, daß er sich wegen seiner Krankheit für mindestens zwei Jahre von der politischen Tätigkeit zurückziehen werde.

Mit diesem Kongress fand der lang hinausgezogene Kampf zwischen Nennis äußerst rechter Tendenz und der Linken sein Ende. Dieser Kampf begann nach dem 20. Parteitag der KPdSU, als die PSI anfing, die Bande zur italienischen Kommunistischen Partei (PCI) zu lockern, mit der sie durch einen Einheitsfrontpakt verbunden war.

Nenni begann seinen Ruck nach rechts mit der Erklärung der "Autonomie" der PSI gegenüber der PCI. In Übereinstimmung dazu nannte er seine Tendenz die "autonomistische". Sein letztes Ziel war, seine Kräfte der Sozialdemokratie anzupassen, was in der Regierungskoalition mit der Christlich-Demokratischen Partei (DC), der Hauptpartei der Bourgeoisie, kulminierte.

Sie hatten nicht die Absicht zu spalten

Der Entscheidung der sozialistischen Linken, die PSI zu verlassen und eine neue Partei zu bilden, ging ein betrachtendes Drehen und Wenden voraus. Am letzten nationalen Kongress der Partei gab es keinen Zweifel, daß die Linken keine Bestrebungen zeigtenm die Dinge so weit zu treiben, daß es zu einer Spaltung kommen müßte. Anstatt entschieden den Kampf gegen Nennis Ziel, in die Regierung einzutreten, voranzutreiben und klar die Gefahren einer solchen Politik aufzuzeigen, versuchte die Linke Nenni durch eine Verbindung mit dem gemäßigten Flügel seiner Tendenz zu beeinflußen.

Vor dem nationalen Kongress, als sich die PSI entschloss, im Parlament bei einer Vertrauensabstimmung sich der Stimme zu enthalten, damals, als die erste Regierung der "Öffnung nach Links" gebildet wurde, stimmte die Linke nicht gegen die Politik der Führung der Partei, nicht einmal im Zentralkomitee.

Nach dem nationalen Kongress, als sich die Majorität der PSI in einer schamvollen Kapitulation entschied, in die Regierung einzutreten, wurde die Führung der Linken mit der folgenden Alternative konfrontiert: Entweder danach zu trachten, in der Partei zu verbleiben und zu protestieren, oder Aktionen gegen die Entscheidung der Führung der Partei zu beginnen, was zur Verletzung der Disziplin führen und den ersten Schritt zur Spaltung bilden würde. Wenn man um jeden Preis in der Partei geblieben wäre, hätte man allmählich die Unterstützung der linken Mitglieder verloren, die entweder einzeln oder in Gruppen die Partei verlassen hätten. Um den Selbstmord zu vermeiden, mußte die Linke der zweiten Möglichkeit folgen.

Die PCI war dagegen

Dies wurde getan, aber nicht ohne Zögern. Ein großes Hindernis lag auf dem Wege. Die PCI war aus opportunistischen und taktischen Gründen gegen eine Spaltung der PSI. Der Hauptgrund war, daß eine entgegengesetzte Stellungnahme die Beziehungen zu den Führern der PSI erschweren könnte. Nach einer Spaltung würden beispielsweise die Differenzen mit der PSI sich verschärfen, wenn man die einzelnen Unionisten in ihren führenden Positionen in der CGIL (Allgemeine Föderation der italienischen Arbeiter), der größten gewerkschaftlichen Organisation in Italien, weiter hält. Auf der anderen Seite konnte sich die PCI nicht weigern, die Sozialistischen Unionisten zu verteidigen, die näher zu ihnen als zur rechten Führung der PSI stehen.

Ein anderes Bedenken war, daß eine neue sozialistische Partei die PCI nach links hinaus überflügeln könnte.

Diese Gesichtspunkte beeinflußten die Führer der sozialistischen Linken, von denen die meisten der PCI sehr nahe stehen.

Nach langen Diskussionen und Treffen mit ihren Anhängern beschloß die linke Führung, sich bei der Vertrauensabstimmung für die Regierung der Stimme zu enthalten. Sie taten das durch einfaches Verlassen des Raumes und Bekanntmachung ihrer Position durch eine Deklaration. Sie dachten, das würde die Türe für eine künftige Aussöhnung und schließlich für einen Kompromiss offen lassen.

Nenni knallt mit der Peitsche

Sie ließen in ihren Überlegungen eine Tatsache außer acht - Nenni. Von verschiedenen Seiten unter Druck (der Notwendigkeit, eine unbequeme Opposition loszuwerden, Fragen der Sozialdemokratischen Partei und vielleicht der ganzen Regierung zu begegnen), schnitt Nenni die Möglichkeit eines Rückzuges für die Linken ab. Schwere Disziplinarstrafen wurden über die 25 linken Parlamentsmitglieder und über 7 der 13 Senatoren verhängt, die die Disziplin brachen. Sie wurden von der Parteitätigkeit für ein Jahr suspendiert. Dies war sogar für eine so zögernde Führung, wie die der Linken, zu viel. Die Spaltung konnte nicht mehr vermieden werden.

Wie für die neue Partei, war es ein Gewinn für die arbeitende Klasse, daß sich ein beachtlicher Teil der PSI weigerte, Nenni in seine Kapitulation gegenüber der bourgeoisen Regierung zu folgen. Nennis Basis unter den Arbeitern und Bauern wurde geschmälert. Jedoch soll aufgezeigt werden, daß die PSIUP mit einem höheren Mitgliederstand beginnen hätte können, wenn nicht die Unentschlossenheit der linken Führung Nenni Zeit gelassen hätte, Maßnahmen zu ergreifen um den Schlag zu mildern. Es soll auch festgehalten werden, daß die parlamentarische Stärke der Partei wahrscheinlich ihrem wirklichen Einfluß im Lande nicht gleichkommen wird.

Die PSIUP hat jedoch bedeutende Mittel, um ihre Stimme unter den Massen hörbar zu machen; ihre Stärke in den Gewerkschaften ist beachtlich (obwohl erwartet werden kann, daß sie einige Stellungen in der CGIL verlieren wird). Das ist Grund zur Besorgnis nicht nur für Nenni, sondern auch für Togliatti, den Führer der PCI. Wie beschränkt er auch sein mag, ein neuer Anziehungspunkt besteht jetzt. Weitere Differenzierungen entstehen jetzt vor den Augen der italienischen Arbeiterbewegung. Dies wird letzlich das Leben der bürokratischen Führungen erschweren.

Zwei Hauptmöglichkeiten

Für die Zukunft steht die neue Partei vor zwei Hauptmöglichkeiten mit offensichtlich sekundären Variationen. Sie kann fortfahren, die Kritik an der "Öffnung nach Links" und dem Reformismus zu entwickeln. Eventuell würde das bedeuten, die Politik der Italienischen Kommunistischen Partei von einem Klassenstandpunkt aus zu kritisieren.

Die andere Möglichkeit wurde von einem der Führer auf dem Kongress aufgezeigt, der meinte, die PSIUP sollte das Vakuum füllen, das von der PSI geschaffen wurde. Das würde die PSIUP dazu verbannen, die Rolle eines Vermittlers oder Verbinders zwischen der PSI und der PCI zu spielen. In diesem Fall würde die objektive Rolle der PSIUP, trotz der formalen Spaltung, in der Substanz dieselbe bleiben wie die der sozialistischen Linken während der letzten paar Jahre.

Elemente, die die erste Möglichkeit begünstigen, sind die Feindschaft, die von den Führern dnd Mitgliedern im Lichte der eigenen Erfahrung gegen die PSI gehegt wird; die Existenz von Differenzen unter den Führern der neuen Partei; die Möglichkeit von neuen Gewerkschaftskämpfen, die die politische Arena berühren.

Ein großer Faktor, der gegen das weniger günstige Ergebnis spricht, ist die pro-Chruschtschowistische Orientierung der meisten Führer der neuen Partei. Ihr Aussehen ist dem der Führerschaft der kommunistischen Partei ganz ähnlich.

Bei der Einschätzung der plötzlichen Erschütterung der italienischen Politik durch die Bildung der PSIUP sind zwei symptomatische Reaktionen wert, festgehalten zu werden. Die Sozialdemokratische Partei begrüßte die Spaltung als einen hilfreichen Faktor, der ihr die PSI näher bringen werde. Die PCI legte Verlegenheit an den Tag.

Am Tag der Spaltung gab "l'Unita", die offizielle kommunistische Tageszeitung den Nachrichten sekundäre Bedeutung. Sowohl die Schlagzeile als auch der Leitartikel waren den Ereignissen in Panama gewidmet.

Am 14. Jänner veröffentlicht "l'Unita" endlich einen Leitartikel. Sie erklärte ihr dreitägiges Schweigen, indem sie sagte, daß die PCI nicht "auf die oder jene Art in die internen Angelegenheiten einer anderen Arbeiterpartei" eingreifen wolle (?) Nachdem sie die Schuld für die Spaltung Nenni zugeschrieben hatten und zugestanden, daß die Spaltung eine positive Entwicklung sei, schrieben die Herausgeber:"Es bleibt eine schmerzliche Tatsache und muß so beurteilt werden, weil sie auch für die ganze Arbeiterbewegung nicht wenig schwierige Probleme setzt."

xxxxxxxxxxxxx

Fortsetzung von Seite 14

Chruschtschow und die ganze Führung der KPdSU und des Sowjetstaates wissen sehr genau, daß alle Anklagen gegen die Opfer der Prozesse falsch und verbrecherisch gewesen sind. Sollte die Rehabilitierung Krestinskys der erste Schritt sein, auch die anderen, die linksoppositionellen Angeklagten dieser Schauprozesse zu rehabilitieren?

Mit freundlicher Genehmigung der Nr. 1/64 der Zeitschrift "Sozialistische Politik", Köln, entnommen.

Die vorliegende Nummer des "klassenkampf" mußte aus technischen Gründen später als vorgesehen erscheinen. Wir bitten Sie, diese Verzögerung zu entschuldigen, die darauf zurückzuführen ist, daß der"klassenkapf" von keiner politischen Gruppe subventioniert wird und nur durch die Hilfe seiner Leser und Freunde erhalten wird. Helfen auch Sie an der weiteren Erhaltung unserer Zeitschrift mit, indem Sie Abonnement bezahlen

Die Redaktion

Drohende Ausweitung des Krieges in Südvietnam

Seit dem Sturz des von den Amerikanern gestützten Diktators Diem verschärft sich die Lage in diesem Land. Staatsstreich folgt auf Staatsstreich. Die nach der Beseitigung Diems zur Macht gelangten Militärjunta wurde jetzt auf Befehl der amerikanischen Militärmission abgesetzt und durch den General Nguyen Kanh ersetzt. Dieser ist ein werkzeug in den Händen des US-Generals Paul Harkins und geeignet, ein Diktator von der Art Diems zu werden.
Der US- Verteidigungsminister McNamara begibt sich nun zum viertenmal nach Saigon, um die besorgniserregende Lage an Ort und Stelle zu inspizieren. In der internationalen Presse wird offen von einer bevorstehenden Änderung der amerikanischen Politik in Südvietnam gesprochen. Die US-Generäle in Südvietnam sind überzeugt, dass die einheimischen Truppen allein nicht imstande sind, den Vietkong zu besiegen. Die Pläne zielen auf eine Ausweitung des Krieges auf Nordvietnam und den Einsatz der US- Pazifikflotte hin. Die Sowjetregierung hat sofort in einer scharfen Erklärung gegen diese unverantwortlichen Pläne in Bezug auf eine Ausweitung des schmutzigen Krieges in Südvietnam protestiert und auf die schweren Folgen einer solchen Politik hingewiesen. Auch die Volksrepublik China hat in gleicher Weise reagiert und darauf hingewiesen, dass eine Ausweitung des Krieges das Ergebnis des Bankrotts der jahrelangen Einmischung und militärischen Intervention der USA in die inneren Angelegenheiten Südvietnams darstellen.
Die Vietkong-Rebellen geniessen unbestreitbar die Unterstützung der Bevölkerung des Landes. Seine Kämpfer stammen vor allem aus den jungen Jahrgängen der armen Landbevölkerung. Sie sind politisch und militärisch für den Guerillakrieg ausgezeichnet geschult und befinden sich seit September in einer grossangelegten Offensive gegen die Regierungstruppen und ihre amerikanischen Berater.
Die USA halten seit Jahren 15.000 Mann ausgesuchte Spezialeinheiten im Kampf. Die Kampfesunlust, Feigheit und Lethargie der Regierungstruppen zwingt sie zu einem immer grösseren Einsatz ihrer eigenen militärischen Kräfte. Ihre Verlustziffern werden immer grösser. Diese Tatsache beunruhigt das US- Hauptquartier zusehends. Die Guerillakämpfer haben das unter Diem sorgfältig aufgebaute System der "strategischen Dörfer", das ihnen ihre Versorgungsbasis entziehen sollte, zum Zusammenbruch gebracht und fügen in vielen, offenen Gefechten, den mittels Helikoptern herangebrachten Regierungstruppen schwere Verluste bei. Bei der Eroberung der"strategischen Dörfer" wenden sie folgende Taktik an: Sie schleichen sich des Nachts an die Vorposten der Dörfer heran, verwickeln die Wächter in ein politisches Gespräch - sie nennen das das "Annagen" der Festung - während sich im Innern der Dörfer ihre Anhänger sammeln und sich für den bewaffneten Kampf vorbereiten. wenn dann die Situation reif ist, geben sie ihren regulären Kräften den Befehl zum Angriff. Diese greifen dann die äusseren militärischen Posten an, die Bevölkerung im Inneren der Dörfer überwältigt dann gleichzeitig die dort stationierten Diem-Soldaten. Sofort nach der Befreiung eines Dorfes werden diese jetzt für den Gegenangriff in Verteidigungszustand gesetzt und die wehrfähige Bevölkerung wird zur Verstärkung des Vietkong herangezogen. Die übrigen beginnen sofort wieder mit der Bebauung des Bodens und der Hereinbringung der Ernte. So wurden

bis jetzt weite Gebiete des Landes befreit.
Selbst US- Militärs müssen zugeben, dass die Kampfmoral der Vietkongrebellen ausgezeichnet sei und dass diese selbst unter schwierigsten Bedingungen bis zum Äussersten kämpfen, während die Regierungstruppen kampfesmüde sind und ihre Posten verlassen. Bei Nacht sind die Regierungstruppen überhaupt nutzlos.
Der allgemein festzustellende revolutionäre Aufschwung in Südvietnam, ist das Ergebnis des veränderten Kräfteverhältnisses im Lande. Er findet auch seinen politischen Ausdruck im Wiedererscheinen der Revolutionären Volkspartei, der am stärksten von marxistischen Ideeen beeinflussten Partei Südvietnams, die links von der F.N.L. - Nationale Befreiungsfront Südvietnams steht. Die Nationale Befreiungsfront hat am 8. Jänner ds.J. ihren seit drei Jahren wichtigsten illegalen Kongreß im Norden des Landes abgehalten. Bei diesem wurde die Führung der Bewegung neu bestätigt und mit der Fortführung des Kampfes beauftragt. Es wurde auch gleichzeitig ein Revolutionskomitee gebildet, das offiziell mit der Führung des Kampfes beauftragt wurde.
Der Sieg der Revolution in Südvietnam ist jetzt unaufhaltsam geworden. Trotz den vielen Milliarden Dollars, die von den USA - Imperialisten an die korrupten Regierungen Südvietnams bezahlt wurden, hat sich das Volk gegen diese gewendet. Der Volkskrieg ist heute in seine entscheidende Etappe eingetreten. Die Zeit arbeitet auch in Südvietnam sichtbar gegen den USA-Imperialismus. Eine offene militärische Intervention und Ausweitung des Krieges, darüber sollte es keine Zweifel geben, würde ein Eingreifen der Volksrepublik China und der Sowjetunion auslösen. Eine Wiederholung der Politik von General Mc Arthur, der während des Koreakrieges die Basen des Feindes in der Volksrepublik China bombardieren wollte, könnte zu einem gefährlichen Zusammenstoß im Fernen Osten führen. Darum fordert der Vietkong den sofortigen Abzug der US - Truppen aus Südvietnam und das Recht des Volkes über sein Schicksal selbst zu bestimmen. Von der raschen Durchsetzung dieser Forderung wird es abhängen, ob die Kriegsgefahr in diesem Teil der Welt verringert werden kann.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Saigon: Nach einer Meldung der Associated Press vom 28. Jänner befinden sich derzeit 28 44o Süd-Vietnamesen im Gefängnis. Davon sind 69 % oder 19 623 wegen "politischer Vergehen" in Haft.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

"Newsweek" schrieb am 3. Februar über die Situation in Süd-Vietnam:

"Es scheint die traurige Wahrheit zu sein, daß von den 8 7oo Dörfern, die durch Diem errichtet wurden, nur mehr 3o % für loyal betrachtet werden können. Die anderen wurden entweder verlassen oder ernstlich durch die Kommunisten infiltriert."

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

ALGERIEN:

D E R K O N G R E S S D E R F. L. N.

Am 28. März wird der neue Kongress der F.L.N. beginnen, der für die weitere Entwicklung des Landes in Richtung auf den Sozialismus von ungeheurer Bedeutung sein wird. Die im Programm von Tripolis festgelegten Ziele der"demokratischen Volksrevolution" müssen, entsprechend der neuen Etappe, in die die algerische Revolution eingetreten ist, erweitert werden.

Begreiflicherweise können die Aufgaben, denen die F.L.N. gegenüberstet nicht ohne innere Schwierigkeiten in der Partei selbst gelöst werden. Als nationale Befreiungsfront, die alle Klassen und Schichten des algerischen Volkes umfasste, entstanden, muß sie sich heute zu einer sozialistische Klassenpartei entwickeln, um die ungeheure Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus unter dem Druck der Massen in Angriff nehmen zu können. Während in der vergangenen Epoche der Klassenkampf innerhalb der F.L.N. ausgetragen wurde, hat sich die F.L.N. zu einem Instrument des Klassenkampfs entwickelt. Und nicht nur vom Imperialismus, von der algerischen Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern, von politischen Wirköpfen ist die Revolution bedroht, sondern selbstverständlich auch von der neuen Gefahr der Bürokratisierung.

Aber glücklicherweise steht das Kräfteverhältnis in Algerien zugunsten des Volkes und es wird zweifellos gelingen, alle Gefahren abzuwehren. Die Hauptgarantie der revolutionären Macht sind heute in Algerien die Selbstverwaltungskörper auf den Gütern und in den Fabriken. Und auf grund dieser Selbstverwaltungskörper entwickeln sich demokratischee ökonomisch-administrative Gemeindeverwaltungen als Grundorganisationen des Staates. Dieser dezentralisierten Machtverteilung an der Basis steht eine starke Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten gegenüber. Diese Struktur erlaubt es die Rolle der Partei und der Gewerkschaften , die sich nicht gegenseitig behindern,sondern ergänzen müssen, festzulegen.

Die Partei, die es gilt, demokratisch zu reorganisieren, damit sie das Vertrauen der Massen behält, muß die politische Lehrerin und Führung des Volkes sein. Um diese Aufgabe zu erfüllen, muß sie sich völlig mit dem Staat identifizieren.

Die Rolle der Gewerkschaften wird grunsätzlich durch das Nebeneinanderbestehen eines kapitalistischen und "sozialistischen" Sektors der Wirtschaft bestimmt. Die Gewerkschaften mussen die bestmöglichste Organisation der Wirtschaft zu erreichen trachten und dabei für die Arbeiter die bestmöglichsten Lebensbedingungen zu erzielen suchen. Die Gewerkschaften müssen die Arbeiter dazu erziehen, sich persönlich für die Wirtschft verantwortlich zu fühlen.

Entscheidend ist dabei natürlich, daß die Form der gegenseitigen Beziehungen zwischen Gewerkschaften, Staat und Partei richtig gelöst werden.
In dem Maße, als die F.L.N. sich in eine revolutionär-sozialistische Partei umwandelt und in diesem Sinne eine brauchbare und klare Ideologie entwickelt, müssen sich die Gewerkschaften in ihrer praktischen täglichen Arbeit von dieser Theorie leiten lassen.

All diese, von uns hier nur flüchtig skizzierten Probleme werden in irgendeiner Form Gegenstand des F.L.N.-Kongresses sein. Wir hoffen, daß wir unseren Lesern breits in der nächsten Nummer des "klassenkampf" einen ausführlichen Bericht über den Kongress selbst bringen können.

ooooooooooooo

DIE REVOLUTION IN SANSIBAR

Am 1o. Dezember verkündete Prinz Philip unter dem Dröhnen der Kanonen und einer Gewehrsalve formell die Unabhängigkeit Sansibars und beendete damit den 73 Jahre alten Status als britisches Protektorat. Der britische Union Jack wurde niedergeholt und die neue Fahne, rot mit zwei goldenen Gewürznelken in einem grünen Kreis, wurde aufgezogen. Sansibar, die kleine Insel, die den Verbrauch fast der ganzen Welt an Gewüznelken deckt, wurde das jüngste und kleinste Mitglied des britischen Commonwealth.

Am 12. Jänner wurde die Regierung, die Prinz Philip gegenüber Hausherr gespielt hatte, durch einen Aufstand gestürzt. Sultan Seyyid Jamshid bin Abdulla und Premier Scheik Hamadi flohen an Bord der Jacht des Sultans von der Insel.

Durch den plötzlichen Umsturz überrascht, konnten die Botschaftskanzleien des Westens nur Neigungen zum "Castroismus und Maoismus" feststellen.

Solidere Informationen über die Geschehnisse erhielt man von Jacques Vergès,dem Herausgeber des wöchentlichen Magazines "Révolution" erhalten. In der Ausgabe des wöchentlichen Pariser "France Observateur" vom 16. Jänner teilte er mit, daß einer der Anführer der Revolte, Mohmed Babu, jetzt eine hohe Persönlichkeit in der Regierung, ein Mitglied der Redaktion der "Revolution" sei.

Babu, der Obmann der Umma-Partei, war "vor knapp drei Monaten..." im Pariser Büro der "Revolution","um die Entwicklung der Zeitschrift mit uns zu diskutieren. Heute hat er "die Pflichten eines Ministers des Inneren und der Verteidigung in der revolutionären Regierung übernommen."

"Auf dieser Insel mit rund 4oo ooo Einwohnern", setzte Vergès fort, "die jetzt als die Hoffnung von ganz Ostafrika erscheint, sind die schwerwiegenden Probleme konzentriert, auf deren Lösung die afrikanischen Völker ungeduldig warten. Die Errungenschaften der Unabhängigkeit, der nationalen Würde eröffnen den Kampf gegen die Unterernährung, die Arbeitslosigkeit, die Privilegien, die eine Minorität besitzt und gegen die Monopolisierung des Bodens. In allen diesen früheren Kolonien ist keine dauerhafte Lösung dieser Probleme überzeugend, die nicht die wirtschaftliche und soziale Struktur auf den Kopf stellt."

"Nachdem im letzten Monat die Unabhängigkeit garantiert wurde, wurde die Insel Sansibar durch eine konstitutionelle Monarchie regiert, die sich auf eine Minderheit von Grundbesitzern und die Protektion des britischen Imperialismus stützte. Die landbesitzende Aristokratie unterdrückte die oppositionellen Parteien mit Gewalt. Die Umma- (Volks-)Partei wurde für illegal erklärt. Ihr Führer, Mohamed Babu, wurde wegen "subversiver Tätigkeit" gesucht."

"Warum war die Umma-Partei die Zielscheibe der feudalen Gewalt? Weil sie von allen Parteien der Insel das klarste und präziseste Programm besaß und unter anderem eine Landreform und den Kampf gegen die Grundbesitzer forderte. Sie entstand aus einer Spaltung der nationalistischen Partei von Sansibar, die ihre Basis in gewißen Teilen der Landbevölkerung, in der arabischen Intellegenz, in wichtigen Teilen der Arbeiterklasse und der kleinen Bourgeoisie in den Städten hatte und wurde eine poltische Kraft, deren Einfluß überwiegend in den mächtigen Gewerkschaften der Insel lag. Während die nationalistische Partei von Sansibar nach der Spaltung eine Partei der Feudalisten und von den Massen verlassen wurde, stärkte die Umma-Partei ihre Positionen, schloß unter anderem ein Übereinkommen mit der Afro-Shirazi Partei, die sich auf die afrikanische Majorität der Bevölkerung stützte und die den entscheidenden Schritt zu einer Unabhängigkeit tat, die nicht nur nominell und von wenigen privilegierten Schichten konfisziert ist.

"Unter der Führung von Mohamed Babu verließ die Linke, die kämpferischsten und populärsten Kader, die nationalistische Partei von Sansibar und bilde-

te die Umma-Partei auf der Basis einen klaren antifeudalen und antiimperialistischen Programms. Die Umma-Partei war die erste, die unter einer Bevölkerung mit moslemitischer Tradition für die Gleichheit von Mann und Frau und die Abschaffung des Schleiers eintrat und die erste populäre Frauenvereinigung gründete. Wenn es ihr heute möglich ist, die Früchte des Sieges mit der Afro-Shirazi Partei zu teilen, dann deshalb, weil sie fähig war, sich in den Massen als eine Unabhängige politische Organisation, die für ihr eigends demokratisches und antiimperialistisches Programm kämpft, zu verwurzeln. Sie ist also die revolutionäre Partei, die fähig ist, die Bedeutung der demokratische Revolution in Sansibar zu verstehen und diese Revolution mit dem Klassenkampf auf afrikanischer und internationaler Ebene in Zusammenhang zu bringen..."

"In Sansibar wurde der "konstitutionelle" Weg viele Male von allen Parteien, einschließlich der Umma-Partei, versucht. Aber die Wahlen wurden so manipuliert, daß die Afro-Shirazi und die Umma-Partei jedesmal zugunsten der nationalistischen Partei von Sansibar und der Sansibar und Pemba Volks-Partei besiegt wurden, die beide von den Grundbesitern beherrscht werden, den Herren der großen Gewürzplantagen (80% der Weltproduktion), und die sich den Interessen der Imperialismus unterordnen. Es könnte, von diesem Gesichtspunkt gesehen, gesagt werden, daß das Volk von Sansibar die Erfahrungen des Neokolonialismus zu machen hatte, sogar bevor die Unabhängigkeit gewährt wurde. Nachdem die Möglichkeiten der friedlichen Entwicklung der Revolution erschöpft waren, war es nötig, das Volk für die "Kritik mit den Waffen" vorzubereiten, also die Eroberung der Macht auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes. Warum sollte man nicht das Beispiel Sansibars mit, z.B. Venezuela vergleichen, wo der amerikanische Imperialismus Wahlen nur veranstaltet, um seine Agenten an die Macht zu bringen und dadurch seine Herrschaft durch Strohmänner fortsetzen kann?"

"Andererseits kann eine Revolution nicht ohne die Unterstützung der Massen entstehen, ohne die Bevölkerung als Ganzes, allen voran die arme Landbevölkerung, um demokratische Prinzipien zu Sammeln. Eines der Geheimnisse der Kraft und des Einflusses der Umma-Partei besteht in ihrer Fähigkeit, den Gegensatz zwischen den Rassen, den Arabern und den Afrikandrn zu beseitigen und das national-demokratische Problem auf das Niveau des Klassenkampfes zu bringen..."

"Die Volkserhebung in Sansibar ist eine Hoffnung für alle jene, die noch immer unter der Knute der kolonialen Herrschaft leben. Die Eroberung wirklicher nationaler Unabhängigkeit,ist eine Möglichkeit, die durch ununterbrochene Mobilisierung der Massen durch die Existenz und Tätigkeit einer starken revolutionär n Partei, die letzten Endes die Beziehungen, die die demokratischen und sozialistischen Bestrebungen dialektisch vereinigen, erkannt hat und die fähig ist, Bündnisse zu schließen ohne prinzipielle Konzessionen zu machen und ihre Autorität in der nationalen Bewegung konsolidiert, realisiert wurde."

"Die ausländische Presse hat die Tatsache betont, daß die Insel Sansibar nur ein paar Dutzend Kilometer von der Küste Ostafrikas entfernt liegt. Aber nicht wegen der Entfernung mißt man die Erschütterungen der Volkserhebung von Sansibar auf die anderen Länder Afrikas. Sansibar kann durch seine Ausstrahlung und die Tiefe der sozialen Umwälzung ein Beispiel für die Völker Afrikas werden. Deswegen wird es bedroht und deswegen wird schon jetzt Druck auf das Land ausgeübt. Solidarität mit der Revolution in Sansibar! Die muß die Parole aller Demokraten auf der ganzen Welt sein."

---

1) Jacques Verges war früher der Chefredakteur der algerischen Wochenschrift "Revolution Africaine", wurde aber im Sommer vorigen Jahres wegen seiner allzu betont prochinesischen Haltung von diesem Posten entfernt und gibt nun in Paris die Zeitschrift "Revolution" heraus, die als europäisches Zentrum der Prochinesen gilt.

WEITERE IRRUNGEN WIRRUNGEN

Werter Genosse R.S.!

Als Verfasser des Artikels "Irrungen-Wirrungen" freut es mich außerordentlich, daß dieser sie so in Staunen versetzt hat, daß Sie nicht umhin konnten, darauf eine Erwiderung zu verfassen, die länger ist, als der ursprüngliche Artikel. Da ich nun bereits nach dem Erscheinen meines Beitrags und erst recht nach der Lektüre Ihrer Argumente zur Einsicht gelangt bin, daß der Hauptfehler meines Artikels darin liegt, daß er nicht von allem Anfang an länger war, als Ihre Erwiderung, bitte ich Sie mir zu gestatten, einige vielleicht unklar ausgedrückte Gedanken zu verdeutlichen und meinerseits Ihre Argumentation einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Es ist völlig klar, und ebenso kommt es auch in meinem Artikel zum Ausdruck, daß eine revolutionäre Partei, deren Programm den Sturz der Bourgeoisie zum Ziel hat, sich unmöglich mit derselben Bourgeoisie auf einen Tisch setzen kann. Wenn eine proletarische Partei eine Regierungskoalition mit dem Klassenfeind eingeht, beweist sie allein schon dadurch, daß sie keine revolutionäre Partei mehr ist.

Da die SPÖ gemeinsam mit der ÖVP, der Partei der österreichischen Bourgeoisie, die österreichische Regierung bildet, kann man allein daraus ersehen, daß sie keine revolutionäre Partei mehr ist. Und sie kann auch niemand vorspiegeln (selbst wenn sie es wollte), daß sie eine revolutionäre Partei sei; jeder Marxist weiß und sieht ganz klar, was er von der SPÖ zu halten hat.

In der Ersten Republik war das nicht so einfach. Wie Sie selbst schreiben und ich in meinem Artikel leider nicht klar genug festgestellt habe, konnten die scheinlinken Manöver der SP damals die revolutionären Arbeiter täuschen und zum Schluß noch die Kapitulation des 12.Februar 34 als revolutionäre Tat ausgeben. Wenn auch die Form des Verhältnisses der österreichischen Sozialdemokratie zum Klassenfeind sich durch den Austritt der Partei aus der Regierung geändert hatte, der Inhalt war der gleiche geblieben. Statt dem Kampf in Richtung auf die Macht, wurde der Kampf auf Reformen beschränkt. Und so"belebt"der Klassenkampf durch diese und nach dieser Änderung auch geworden war, blieb die reformistische Partei dennoch reformistisch und diente den Interessen des Privateigentums in der Opposition nur umso besser, da sie der Bourgeoisie die Sorge wegen der revolutionären Tendenzen in der Arbeiterklasse abnahm, da diese nur durch die scheinlinke Politik der Partei gehalten werden konnten und im Schutzbund sektiererisch kanalisiert wurden. Selbst eine damals noch nicht entartete KP war infolge dieser Politik bedeutungslos. Am Beispiel der SP in der Ersten Republik sieht man also, daß eine einmal entartete Arbeiterpartei auch dann nicht wieder revolutionär wird, wenn sie gezwungen ist, ihre Stellung im Überbau zu verändern. Sie kann demagogisch der Stimmung der Massen entgegenkommen, aber zu einer revolutionären Konsequenz wird sie sich unter keinen Umständen entschließen.

Im politischen Geschehen der Zweiten Republik schint sich nun heute ein Wechsel vorzubereiten. Die Koalition scheint festgefahren zu sein, die SP sucht nach neuen Wegen, verschiedene Möglichkeiten zeichnen sich ab,,zu denen sich die Linke äußern muß. Aber sie darf es nicht tun, als betrachte die die SP als unbestrittene, leider etwas abgeirrte Führung der Arbeiterklasse, und also untersuchen, welche Möglichkeit der Partei am meisten nützt, sondern sie muß untersuchen, was der Arbeiter-

klasse und dem Sozialismus auf lange Sicht nützlich ist.

Für die SP gibt es drei Möglichkeiten:

1) Sie geht freiwillig oder gezwungen in die Opposition: Das bedeutet entweder getarnte und die revolutionären Arbeiter betrügende reformistische Politik, oder das Winseln um ein paar Ministersesselschen, das bereits aus Westdeutschland so mißtönend zu uns herüberschallt.

2) Sie setzt die verräterische, offen reformistische Politik der Koalition mit der ÖVP fort, auf die die österreichische Innenpolitik nun einmal eingespielt ist, und richtet im revolutionären Bewußtsein der Arbeiterschaft nicht mehr Schaden an, als sie schon angerichtet hat. Eine leicht agressive Tonart, die sich bereits abzeichnet, könnte eine giwisse Auflockerung der starren Fronten bringen.

3) Die SP setzt sich mit den Kryptofaschisten in ein Boot, stärkt dadurch den austrofaschistischen Flügel der ÖVP gegenüber dem demokratischen, (was gewisse Kreise in der SP im Hinblick auf diese Politik ohnehin schon tun, um die Partei auf diesen Kurs zu zwingen), wertet die Nazifaschisten entsprechend auf, geht dabei moralisch und politisch pleite und bereitet konkret die Diktatur der vereinigten Faschismen vor, wofür die EWG den äußeren Rahmen und Schutz liefern wird.

Mir persönlich erscheint die zweite Möglichkeit als am wenigsten unheilvoll für die Arbeiterklasse. Im linken Flügel konnen keine Illusionen durch scheinlinke Manover der Parteiführung erweckt werden. Die Marxisten in der Partei können sich daruaf vorbereiten, sich sobald ihnen eine Änderung in den ökonomischen oder Weltpolitischen Verhältnissen eine Massenbasis verschafft, sich von der verräterischen Führung zu trennen. Das ist die Konsequenz, die sich aus meiner Argumentation ergibt, und das ist die Linie, für die heute die linken Kräfte kämpfen sollten.

Ich glaube nicht, daß meine Beurteilung sich aus einer Panikstimmung ergibt. Vielleicht ist die Kampfkraft und ist die Situation der Arbeiterklasse in meinem Artikel zu schwart gezeichnet. Aber meine Analyse ist keineswegs pessimistisch.

Als historische Materialisten müssen wir uns zu einer realistischen Einschätzung der Lage durchringen, egal ob es gut oder schlecht um unsere Sache steht. Romantische Idealisierung wird leicht kitschig, wenn nicht gar unbewußt zum magischen Mystizismus.

k.s.

oooooooooooooooo

Eigentümer, Herausgeber und Verleger, für den Inhalt verantwortlich: Friedrich V a n d u r a , Wien II., Engerthstraße 200.

Eigene Vervielfältigung.

Bestellungen und Zuschriften an: Postamt WIEN 33, Postfach 34

Zahlungen und Spenden an Postscheckkonto Nr. 42.897, Friedrich Vandura WIEN

"der klassenkampf" P. b. b.

WIEN 33, Postfach 34

Verlagspotampt WIEN 27
Erscheinungsort Wien